AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search
http://ageconsearch.umn.edu
aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

SCHRIFTEN DER GESELLSCHAFT FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN DES LANDBAUES E.V.

Frohberg, K.; Hartmann, M.: Die „effektive“ Protektion der Landwirtschaft in den MEL. In: Heißenhuber, A.; Hoffmann, H.; von Urff, W.: Land- und Ernährungswirtschaft in einer erweiterten EU. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 34, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (1998), S.41-49.

Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Bd. 34, 1998, S. 41 - 49

DIE „EFFEKTIVE" PROTEKTION DER LANDWIRTSCHAFT IN DEN MEL

von

K. FROHBERG und M. HARTMANN*

1 Einleitung[1]

Wie in den westlichen Ländern erfährt der landwirtschaftliche Sektor auch in den Transformationsländern durch staatliche Maßnahmen eine erhebliche Beeinflussung. Diese erfolgt jedoch in Mitteleuropa anders als in den meisten westeuropäischen Nachbarstaaten nicht primär durch agrarpolitische Interventionen. Vielmehr sind politische Eingriffe in den der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Bereichen, makroökonomische Interventionen, die Unterlassung staatlicher Aktivitäten sowie die Existenz von Politikunsicherheit nicht selten von sehr hoher Relevanz für den Agrarsektor dieser Länder. Diese Vielschichtigkeit der politischen Einflußnahme erschwert die Messung der Protektion. Gleichzeitig scheint die Kenntnis der effektiven aktuellen Protektion bzw. Diskriminierung des Agrarsektors in den mitteleuropäischen Ländern (MEL) aber für die Abschätzung der zukünftigen Entwicklung des Agrarsektors nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines EU-Beitritt von großer Bedeutung.

Ziel des vorliegenden Beitrages ist es, das gesamte in den MEL vorzufindende Spektrum der direkt und indirekt den landwirtschaftlichen Sektor beeinflussenden staatlichen Maßnahmen aufzuzeigen (Kapitel 2) und am Beispiel Polens die relative Bedeutung einiger dieser Komponenten quantitativ abzuschätzen (Kapitel 3).

2 Wirtschaftspolitische Beeinflussung des Agrarsektors in den MEL

2.1 Eingriffe auf den landwirtschaftlichen Märkten in den MEL

Nach der weitgehenden Liberalisierung aller Preis- und Handelspolitiken in den MEL zu Beginn der Transformationsprozesse haben staatliche Interventionen auf den landwirtschaftlichen Produkt- und Faktormärkten in den letzten Jahren wieder an Bedeutung gewonnen. Diese reichen von einer Diskriminierung des Agrarsektors, wie sie vor allem in Bulgarien aber teilweise auch in Rumänien zu beobachten ist, bis zu einer erheblichen Stützung der Landwirtschaft, wie man sie insbesondere in Polen und Slowenien vorfindet.[2]
Zur Stabilisierung der inländischen Märkte finden in den meisten MEL staatlich garantierte Mindestpreise Anwendung, die eine immer größere Zahl von Produkten einschließen. (OECD, 1996a, S.25; Deaconescu et al., 1996; Gorton et al., 1997). Die Implementierung bzw. Anhebung von Importzöllen dienen häufig als Maßnahme zur Verringerung der Importe sowie zur

---

* Prof. Dr. Klaus Frohberg, Prof. Dr. Monika Hartmann, Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa, Magdeburger Straße 1, 06112 Halle/Saale.

1 Wir danken Frau E. Meinlschmidt und Herrn O. Wahl für die Unterstützung bei der Datensuche und der Durchführung der Simulationen.

2 Für eine umfassende Darlegung der agrarpolitischen Interventionen in den MEL siehe OECD, 1994, 1995a, 1995b, 1996a, 1996b, 1996c, 1996d, 1997, Gorton et al., 1997, European Commission, 1997 und Deaconescu et al., 1996.

Reduzierung der erheblichen Haushaltsdefizite. Auf einigen Märkten wenden die MEL auch Exportsubventionen an. In Ungarn stellen diese gemessen an den budgetären Ausgaben das bedeutendste agrarpolitische Instrument dar.[3]

Insbesondere auf den Getreidemärkten verfolgen einige MEL neben der Reduzierung von Importen eine Politik der Exportbeschränkung. Exportsteuern, Exportquoten und z.T. sogar Exportverbote fanden nicht nur in Bulgarien und Rumänien, sondern auch in Tschechien und Litauen Anwendung.[4] Damit wollten die Regierungen in den MEL ein ausreichendes Angebot an Getreide für die inländischen Konsumenten sicherstellen.

Institutionelle Unzulänglichkeiten (vgl. Abschnitt 2.4) sowie der enorme Wettbewerb um das begrenzt verfügbare Kapital zwischen den einzelnen Sektoren der Volkswirtschaft erschweren den Zugang der Landwirte zu den Kreditmärkten. Um diese Engpässe überwinden zu helfen, gewähren alle MEL ihren Landwirten Kreditsicherheiten und -subventionen. In der Regel bürgen staatliche Institutionen in den MEL den Banken gegenüber für die an die Landwirtschaft ausgezahlten Kredite und/oder übernehmen einen Teil der Zinslast. In Tschechien stellen Subventionen für Agrarkredite die bedeutendste staatliche Stützungspolitik dar. Neben Kreditverbilligungen sind auch Subventionen für Düngemittel sowie Steuerbefreiungen beim Kauf von Dieselkraftstoff von gewisser Relevanz in diesen Ländern.

Für die Analyse der Allokations- und Verteilungseffekte agrarpolitischer Interventionen ist jedoch nicht nur die Art der Politikintervention von Bedeutung, sondern auch ihre Stabilität. Insbesondere zu Beginn des Transformationsprozesses erfolgte die politische Einflußnahme in den MEL häufig sporadisch und war lediglich auf die Lösung kurzfristig auftretender Engpässe ausgerichtet. Obwohl in den meisten Ländern die politischen Eingriffe an Konsistenz zugenommen haben, gilt dies nicht für alle MEL; in Bulgarien beispielsweise werden nach wie vor Handelspolitiken innerhalb eines Jahres mehrfach verändert (EU-Commission, 1997, S. 117). Dies induziert erhebliche Risiken für Landwirte, Händler, Verarbeiter und Verbraucher und behindert auf diese Weise die Entwicklung des Agrar- und Ernährungssektors.

2.2 Makroökonomische Verzerrungen

Neben agrarpolitischen Interventionen haben auch makroökonomische Eingriffe in die Wirtschaft beträchtliche Auswirkungen auf den landwirtschaftlichen Sektor der Transformationsländer. So haben viele MEL zu Beginn der Transformationsprozesse eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik verfolgt. Mit der erheblichen Schrumpfung der Wirtschaft wuchs jedoch der politische Druck, die fiskale und monetäre Disziplin zu lockern. Obwohl es den meisten MEL seit 1991/92 dennoch gelungen ist, ihre Inflationsraten wesentlich zu reduzieren[5], sind diese im Vergleich zur EU nach wie vor sehr hoch.

Hohe Inflationsraten verzerren den Preismechanismus, verstärken die Unsicherheit auf den Märkten und führen aus diesen Gründen zu einer Fehlallokation von Ressourcen. Indem sie den Zeithorizont für ökonomische Entscheidungen verkürzen, hemmen hohe Inflationsraten

---

3 1995 hat Ungarn die im GATT festgelegte maximale Höhe an Exportsubventionen um mehr als 100% überschritten. Als Konsequenz wurde 1996 die Marktpreisstützung in Ungarn reduziert bei gleichzeitiger Anhebung der Inputsubventionen (vgl. OECD, 1996a und 1997a).

4 In Tschechien wurden beispielsweise Ende 1995 keine Exportlizenzen mehr ausgestellt.

5 Bulgarien war nach einer beginnenden Konsolidierung seiner Inflationsraten in den Jahren 1993-1995 im Jahr 1996 sowie zu Beginn des Jahres 1997 erneut mit einer Hyperinflation konfrontiert.

zudem Investitionen. Auch sind Landwirte unter derartigen Bedingungen nicht geneigt, ihre Erzeugnisse unmittelbar nach der Ernte zu verkaufen. Sofern die Möglichkeit gegeben ist, lagern sie diese bis Liquidität benötigt wird. Besonders schwierig ist es für Landwirte, wenn z.B. zur Durchsetzung von Mindestpreisen staatliche Stellen die Ware aufkaufen, sich mit der Auszahlung aber Zeit lassen - wie in Rumänien geschehen (Deaconescu, 1996). So kommt es zu einer inflationsbedingten Besteuerung der Landwirtschaft.

Die meisten MEL haben ihren nominalen Wechselkurs an einen Korb westlicher Währungen oder auch an eine einzige westliche Währung gebunden.[6] Die Existenz eines Systems fixer bzw. quasi-fixer Wechselkurse bei einer gleichzeitigen expansiven Geld- und Fiskalpolitik führt tendenziell zu einer Überbewertung des realen Wechselkurses, d.h. zu einer Abweichung des tatsächlichen realen Wechselkurses von seinem langfristigen Gleichgewicht. Eine überbewertete Währung entspricht dabei einer impliziten Steuer auf Exporte bzw. einer impliziten Subvention der Importe. Ob in den MEL tatsächlich eine Überbewertung des realen Wechselkurses vorliegt, wird in der Literatur kontrovers diskutiert (vgl. Frohberg und Hartmann, 1997 sowie Poganietz, 1997).

2.3 Staat als Eigentümer

Während die Privatisierung in der Primärproduktion bereits in allen MEL weit fortgeschritten ist, gilt dies nicht in gleichem Maße für die Ernährungsindustrie sowie den Groß- und Einzelhandel. In Rumänien liegt beispielsweise der Anteil der in staatlichen Unternehmen erzeugten Produktion am gesamten Produktionswert der Landwirtschaft bei nur 20%.[7] Gleichzeitig dominieren staatseigene Betriebe nach wie vor insbesondere den Vermarktungssektor aber auch die Ernährungsindustrie.[8] Staatliche Vermarktungsstellen haben regional und saisonal keine Preisdifferenzierung vorgenommen und damit das Aufkommen privater Wettbewerber stark behindert, da für diese eine Abdeckung von Lager- und Transportkosten somit nicht möglich war. Die in diesen staatlichen Vermarktungseinrichtungen vorzufindenden Ineffizienzen haben negative Rückwirkungen auf die gesamte Agrar- und Ernährungswirtschaft und spiegeln sich in hohen Staatsausgaben, niedrigen Produzentenpreisen und relativ hohen Konsumentenpreisen wider. Auch die der Landwirtschaft vorgelagerten Sektoren werden in einigen Ländern noch durch staatliche Unternehmen dominiert.

2.4 Fehlende und nicht hinreichende institutionelle Rahmenbedingungen

Dem Staat obliegt die Aufgabe, den Transformationsprozeß durch die Bereitstellung hinreichender institutioneller Rahmenbedingungen zu unterstützen. Die recht verhalten eintretenden Fortschritte in der Umstrukturierung der Volkswirtschaften der MEL läßt sich zu einem nicht

---

6 Tschechien, die Slowakische Republik, Estland und Bulgarien haben ihre Währungen an die DM, Lettland an die Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds und Litauen an den US-Dollar gebunden. In Ungarn, Polen und Slowenien wird eine Politik des Crawling Peg gegenüber einem Währungskorb bestehend aus zwei oder mehreren westlichen Währungen angewandt. In Rumänien findet - wie es Bulgarien auch bis zum 1. Juli getan hat - ein „dirty floating" Anwendung.

7 Dabei variiert der Anteil in den einzelnen Betriebstypen stark. In den ineffizient wirtschaftenden Schweine- und Geflügelfleisch produzierenden Betrieben liegt der Anteil mit etwa 40% sehr hoch, während dieser mit etwa 7% in der Milch- und Maisproduktion weit geringer ist (Deaconescu, 1996).

8 Bei Weizen war der Anteil der staatlichen Unternehmen an den gesamten Verkäufen in 1995 87%, bei Mais 33%, bei Schweinen 65%, bei Geflügel 94% und bei Kuhmilch 50% (Deaconescu, 1996). Eine ähnliche Situation ist in Bulgarien gegeben. So wurden 1995 nur etwa 25% (37%) der über den Markt abgesetzten Milchprodukte (Brotwaren) in privaten Unternehmen erzeugt (Gorton et al., 1997).

unwesentlichen Teil auf die ungenügende Ausgestaltung dieser Voraussetzungen zurückführen. Die für Land- und Ernährungswirtschaft wichtigsten Institutionen können hier nur kurz erwähnt werden (vgl. auch Frohberg und Poganietz, 1998).
Durch die noch nicht vollständig abgeschlossene Privatisierung in der Landwirtschaft, besonders die des Bodens, wird der Zugang zu Fremdkapital erschwert und der Bodenmarkt ist wegen fehlender Möglichkeiten des Eigentumswechsels nicht voll funktionsfähig. Auch die Pacht wird dadurch oft behindert (vgl. auch Abschnitt 2.1).

In den Ländern, in denen die der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Sektoren sich noch weitgehend in staatlichem Eigentum befindet, sehen sich die landwirtschaftlichen Unternehmen häufig Monopolen im Bezug- und Absatzbereich gegenüber. Diese wurden jedoch auch nach erfolgter Privatisierung nicht immer gebrochen, wie z.B. in Tschechien zu beobachten ist (OECD, 1995b, S. 107). Insbesondere auf regionaler Ebene scheint die Landwirtschaft mit Marktmacht auf der Bezugs- und Absatzseite konfrontiert. Diese regionale Machtposition wird durch nicht ausreichende Markt- und Preisinformationssysteme verschärft. Dies führt zu einer indirekten Besteuerung der Landwirtschaft, da sie aufgrund der fehlenden Markteffizienz hohe Preise für die eingesetzten Inputs zahlen muß und niedrigere Preise für ihre Agrarprodukte erhält (OECD, 1996a, S. 26; Gorton et al., 1997).

Mangelhafte Möglichkeiten der Risikoabsicherung sind weitere Zeichen, die auf in Umfang und/oder Qualität ungenügende Bereitstellung institutioneller Rahmenbedingungen hinweisen. Besonders zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang Ernte- und Preisrisiken, gegen die sich die Landwirtschaft absichern können muß. Der Staat kann durch Unterstützung beim Aufbau von Versicherungsmärkten (Ernterisiko) bzw. Warenterminmärkten (Preisrisiko) diese Risiken verringern helfen (Peter und Wildermuth, 1996).

Letztlich ist auf die noch in erheblichem Umfang bestehende Vertrags- und allgemeine Rechtsunsicherheit hinzuweisen. Erst wenn diese durch eine entsprechende Rechtsordnung stärker zurückgedrängt worden ist, können sich die Märkte besser entfalten. Fehlendes öffentliches Recht wird oft durch privat organisierte Strukturen ersetzt. Damit sind aber in der Regel auch Effizienzverluste und Verteilungsprobleme verbunden.

3 Protektion oder Diskrimininierung des Agrarsektors Polens

Wie die Ausführungen im vorherigen Abschnitt gezeigt haben, wird die Protektion oder Diskriminierung des Agrarsektors durch eine Vielzahl von politischen Maßnahmen beeinflußt, die von einem einzigen Protektionsmaß nicht erfaßt werden könnten. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, daß ein solcher Indikator Handels-, Einkommens- und Allokationseffekte politischer Interventionen aufzeigen sollte. Schließlich führen politische Maßnahmen häufig nicht nur zur Veränderung des Niveaus, sondern induzieren auch Stabilitätseffekte. Diese gilt es ebenfalls, in einem Protektionsmaß in geeigneter Weise abzubilden.

Diese Komplexität läßt sich nur durch ein stochastisches allgemeines Gleichgewichtsmodell approximieren. Derartige Modelle erfordern jedoch einen erheblichen Aufwand. Aus diesem Grund wurde zur Messung der Höhe der Protektion bzw. Diskriminierung im Agrarsektor Polens das Politiksimulationsmodell CEASIM (Central and Eastern European Agriculture Simulation Model)[9] verwendet. Obwohl auch mit diesem Modell keineswegs alle politischen Interventionen und alle Dimensionen der Protektionsmessung abgebildet werden können, las-

---

9 Für eine detaillierte Beschreibung der Strukur und Datenbasis des Modells vgl. Frohberg et al. (1998).

sen sich die für die hier vorzunehmende Analyse relevanten Aspekte hinreichend berücksichtigen

3.1 Modellbeschreibung

CEASIM ist ein partiales, deterministisches, statisches Gleichgewichtsmodell, das die Beziehungen innerhalb der Landwirtschaft abbildet. Insgesamt werden in CEASIM die horizontalen und vertikalen Interdependenzen zwischen 11 landwirtschaftlichen Produkten[10] und 6 Inputs[11] berücksichtigt. Lagerhaltungsaktivitäten ebenso wie Produktheterogenität und Raumüberwindungskosten werden in dem Modell vernachlässigt. Mengen, Preise und Politikinstrumente wurden aus Quellen der FAO, der OECD sowie aus nationalen Statistiken Polens entnommen.

Die Angebotsseite des Modells ist ein multiples Input-multiples Output-System und basiert auf der Symmetric Generalized McFadden Gewinnfunktion (Diewert und Wales, 1987). Für die Nachfrageseite wurde die Normalized Quadratic Reciprocal Indirekte Nutzenfunktion gewählt (Diewert und Wales, 1988).[12] Die Parameter des Modells wurden nicht ökonometrisch geschätzt, sondern jeweils für ein bestimmtes Jahr kalibriert. Jedoch gewährleistet die Struktur des Modells die Einhaltung theoretisch nachgewiesener Verhaltensannahmen der ökonomischen Akteure auf der Angebots- und Nachfrageseite. Die Berücksichtigung dieser Verhaltensannahmen dient nicht nur der Verbesserung der ökonomischen Plausibilität der Ergebnisse, sondern erhöht auch die Stabilität des Modells bei der Lösungsfindung.

3.2 Methodisches Vorgehen bei der Protektionsmessung mit CEASIM

Das Modell wurde für die Jahre 1992 bis 1996 mit den jeweiligen Angebots-, Nachfrage- und Preisdaten für Polen kalibriert. Damit steht für insgesamt fünf Jahre ein Referenzszenario zur Verfügung, das durch die in dem entsprechenden Jahr gültigen direkten und indirekten agrarpolitischen Interventionen charakterisiert ist. Für jedes Jahr wurden zwei Simulationen durchgeführt:

- Eliminierung sämtlicher agrarpolitischer Interventionen (Szenario ALIB).
- Abschaffung agrarpolitischer Interventionen wie in Szenario ALIB sowie Anpassung des nominalen Wechselkurs an sein reales Gleichgewicht[13] (Szenario: ALIB&WG).

Neben den Effekten der alternativen Politiken auf das Niveau des Handels, des Einkommens und der volkswirtschaftliche Verzerrungen spielt auch die durch die Politik induzierte Veränderung der Instabilität dieser Größen eine bedeutende Rolle. Zur Einbeziehung der Dimension des Risikos bei der Messung der Effekte politischer Interventionen wurde das auf dem Prinzip des Erwartungs- bzw. Risikonutzen basierende Bernoulli-Bewertungskonzept verwendet (vgl.

---

10 Weizen, Futtergetreide, Kartoffeln, Ölsaaten, Zucker, Milch, Rind- und Schaffleisch, Schweinefleisch, Eier und das Aggregat sonstige landwirtschaftliche Produkte.

11 Futterweizen, Futtergetreide, Futterkartoffeln, Arbeit, Düngemittel und sonstige variable Inputs.

12 Berücksichtigte Produkte sind: Weizen, Futtergetreide, Kartoffeln, Ölsaaten, Zucker, Milch, Rind- und Schaffleisch, Schweinefleisch, Eier und das Aggregat sonstige Nahrungsmittelausgaben. Letzteres umfaßt neben den nicht explizit im Modell berücksichtigten Produkten auch die den Agrargütern auf dem Weg zum Verbraucher zugefügten komplementären Sach- und Dienstleistungen.

13 Hierbei wird unterstellt, daß im Jahr 1992 der nominale Wechselkurs im Gleichgewicht war. Seit 1992 hat der Zloty real gegenüber der DM aufgewertet, d.h. den Simulationen liegt die Annahme zugrunde das der Zloty seit 1993 überbewertet ist. Für zukünftige Analysen wäre es erstrebenswert, mit dem effektiven realen Wecheselkurs zu arbeiten.

Newbery und Stiglitz, 1985, S. 69ff.). Diesem Konzept liegt der Gedanke zugrunde, daß der Erwartungswert des Nutzens einer stochastischen Einkommensgröße (z.B. Gewinn) bei Existenz von Risikoaversion stets unterhalb des Nutzens bei durchschnittlich gleichem aber sicherem Einkommen liegt. Die Differenz nimmt mit der Höhe der Varianz der betrachteten Einkommensgröße und der Risikoaversion der betreffenden Marktteilnehmer zu. Unterstellt man, daß das Einkommen Y als stochastische Größe $\tilde{Y}$ normalverteilt ist, so gilt (vgl. Newbery und Stiglitz, 1985, S. 85ff.):

(1) $EU(\tilde{Y}) = E(\tilde{Y}) - 0{,}5 \cdot A_Y \cdot Var_Y$

mit: $EU(\tilde{Y}) = \hat{Y}$ Erwarteter Nutzen der stochastischen Einkommensgröße

$E(\tilde{Y}) = \bar{Y}$ Erwartungswert des Einkommens

A_Y Absoluter Risikoaversionskoeffizient des Einkommens Y

VAR_Y Varianz des Einkommens Y

Um die Niveau- und Stabilitätseffekte politischer Interventionen auf ausgewählte Einkommensgrößen ermitteln zu können, wird die modifizierte effektive Protektionsrate MEPR berechnet. Diese entspricht der relativen Änderung des erwarteten Nutzens der stochastischen Einkommensgröße:[14]

$$(2) \qquad MEPR_Y = \frac{\hat{Y}_1 - \hat{Y}_0}{\hat{Y}_0} = \frac{\Delta\bar{Y}}{\hat{Y}_0} - 0{,}5 \cdot \frac{A_{Y1} \cdot VAR_{Y1} - A_{Y0} \cdot VAR_{Y0}}{\hat{Y}_0}$$

Die erste Komponente in Gleichung (2) kann als relativer Transfer Benefit bezeichnet werden. Dieser ergibt sich ausschließlich aus der Niveauverschiebung der betrachteten Einkommensgröße ergibt. Demgegenüber stellt der zweite Summand den relativen Risk Benefit dar; also den Vorteil, der sich aus der Verringerung der Risikokosten für die Marktteilnehmer ergibt. An dieser Stelle gilt es jedoch zu betonen, daß CEASIM als deterministisches Gleichgewichtsmodell für die Analyse von Risikoaspekten nur bedingt geeignet ist. In diesem Modellansatz wird unterstellt, daß die Verteilung der Störgrößen in den verschiedenen Szenarien sich nicht verändert.

Für die Berechnung der MEPR werden für die Produzenten der Gewinn und für die Konsumenten die Money Metric verwendet. Zur Analyse der volkswirtschaftlichen Verzerrungen dienen in Gleichung 2 die Nettowohlfahrtseffekte. Die seit 1991 tendenziell zunehmende negative Leistungsbilanz in Polen läßt darüber hinaus die Untersuchung der Nettodeviseneinnahmen als Einkommensgröße erstrebenswert erscheinen.

4.3 Ergebnisse

Tabelle 1 zeigt den Nettohandel Polens für zehn Agrarprodukte, der sich ohne agrarpolitische Eingriffe (ALIB) bzw. ohne agrar- und makropolitische Interventionen[15] ergeben hätte (ALIB&WG) sowie den tatsächlichen Nettohandel im Durchschnitt der Jahre 1992 bis 1996. Wie erwartet liegen für die meisten Produkte in den beiden Liberalisierungsszenarien die

---

14 Für die Protektionsmessung unter Unsicherheit vgl. auch Schmitz, 1997.

15 Als makropolitische Intervention werden in diesem Beitrag die Maßnahmen zur Stützung des Wechselkurses verstanden

Nettoexporte niedriger bzw. die Nettoimporte höher als in der realen durch politische Interventionen verzerrten Situation; die derzeitige Politik hat somit tendenziell zu einer Verbesserung der Handelsbilanz für Agrarprodukte beigetragen. Weniger eindeutig sind die Wirkungen auf die Instabilität des Handels. Während für Weizen, Kartoffeln, Rindfleisch und alle Getreideveredlungsprodukte die Instabilität der Handelsmengen in den Politikszenarien unter dem Ausgangsniveau liegt, gilt das Gegenteil für die anderen vier Produkte.
Bewertet man die derzeitige Politik relativ zu einer agrar- bzw. agrar- und makroökonomischen Liberalisierung mit dem Risikonutzenkonzept ergeben sich die in Tabelle 2 abgebildeten Zahlen. Zur Überprüfung der Sensitivität der Ergebnisse in Hinblick auf den gewählten relativen Risikoaversionskoeffizienten R wurden die Berechnungen mit zwei verschiedenen Werten durchgeführt. Diese werden als konstant über die verschiedenen Szenarien sowie für die verschiedenen Einkommensarten betrachtet.

Die Ergebnisse veranschaulichen, daß die Produzenten durch die aktuelle Politik einen Anstieg ihres durchschnittlichen Einkommensniveaus in Höhe von 44% erfahren, falls die Referenzsituation ausschließlich durch Liberalisierung des Agrarsektors gekennzeichnet ist. Wählt man eine Agrar- und Makroliberalisierung als Referenzszenario entspricht der Transfer Benefit jedoch lediglich 12 bis 13%, da der Vorteil aus den agrarpolitischen Interventionen durch die makroökonomischen Verzerrungen zum Teil kompensiert wird. Dem Transfer Benefit, der sich ausschließlich aus dem durch die Politik induzierten Anstieg des durchschnittlichen Einkommensniveaus ergibt, steht im ALIB Szenario (ALIB&WG Szenario) ein Risk Verlust (Risk Benefit) gegenüber, der sich aus der politikinduzierten Zunahme (Abnahme) der Einkommensinstabilität ergibt. Dieser stabilitätsbedingte Einkommenseffekt entspricht bei einem relativen Risikoaversionskoeffizienten von 1 bis zu 23% des Gesamten Benefits und ist daher als nicht vernachlässigbar anzusehen.

Die Konsumenten werden durch die derzeitige Agrarpolitik diskriminiert. Wird jedoch eine Agrarliberalisierung und eine Anpassung der Wechselkurse als Referenzsituation unterstellt, so ändert sich das Bild. In diesem Fall profitieren auch die Konsumenten von der derzeitigen politischen Intervention. Schließlich veranschaulicht Tabelle 2 die volkswirtschaftlichen Effekte der Politiken, die neben der Wohlfahrtsänderung auf Seiten der Produzenten und der Konsumenten auch die Änderung des Niveaus und der Stabilität der Staatsausgaben berücksichtigt. Ähnlich wie für die Konsumenten ist auch für diese Einkommensgröße der Transfer und der Risk Benefit abhängig von dem Referenzszenario.

Die stärksten Effekte sind auf den Devisenmärkten zu beobachten. Die derzeitige Agrarpolitik trägt zu einer bedeutenden Zunahme der Nettodevisenerlöse bzw. zu einer Reduzierung der Defizite bei, was sich in einem Transfer Benefit von etwa 60 % bzw. 70% im Vergleich zu den beiden Liberalisierungsszenarien niederschlägt. Gleichzeitig haben die agrarpolitischen Interventionen (agrar- und makropolitischen Interventionen) die Instabilität der Erlöse erhöht (verringert).

5 Fazit

Die Landwirtschaft wird in den MEL durch eine Vielzahl agrar- und makropolitischer Interventionen beeinflußt. Der vorliegende Beitrag zeigt, daß darüber hinaus auch das Unterlassen staatlicher Aktivitäten zu einer Verzerrung der Wettbewerbsverhältnisse zwischen inländischen Produzenten und ihren Konkurrenten auf den Weltmärkten führen kann. Dies gilt insbesondere in Hinblick auf die Schaffung der notwendigen institutionellen Rahmenbedingungen.

In der empirischen Analyse wird am Beispiel Polens gezeigt, daß für die korrekte Bewertung der Handels-, Einkommens- und Allokationseffekte staatlicher Eingriffe eine ausschließliche Betrachtung agrarpolitischer Interventionen nicht nur in Hinblick auf das Ausmaß sondern auch auf die Richtung zu falschen Ergebnissen führen kann, wenn wechselkursbedingte Verzerrungen vorliegen. Darüber hinaus verdeutlicht die Analyse, daß bei Existenz von Risikoaversion eine Berücksichtigung stabilitätsbedingter Handels- und Einkommenseffekte politischer Maßnahmen von erheblicher Bedeutung sein kann.

Die mit CEASIM durchgeführten Simulationen zur Abschätzung der Protektion oder Diskriminierung des Agrarsektors in Polen decken nicht alle im vorliegenden Beitrag diskutierten Elemente der politischen Beeinflussung des Agrarsektors ab. Die Wirkungen fehlender institutioneller Rahmenbedingungen sind quantitativ schwer zu fassen und kaum in einem derartigen Modellansatz zu integrieren. Anders sieht dies mit Marktmacht in der Ernährungsindustrie aus. Diese Elemente sind sehr wohl modellmäßig abzubilden. Da jedoch gerade in Polen ein hoher Wettbewerb in den meisten Zweigen der Ernährungsindustrie herrscht, schien die Berücksichtigung dieser Aspekte von untergeordneter Bedeutung.

Literaturverzeichnis

DEACONESCU, C. E.D. TESLIUC und H. GORDON (1996), Producer Price Interventions and Incentives in Romanian Agriculture. Beitrag vorgestellt auf einem World Bank ASAL Workshop, November 1996, Bucharest (Rumänien).

DIEWERT, W.E. und T.J. WALES (1987), Flexible Functional Forms and Global Curvature Conditions. In: Econometria, Vol. 55, No. 1, p. 43-68.

DIEWERT, W.E. und T.J. WALES (1988), Normalized Quadratic Systems of Consumer Demand Functions. In: Journal of Business and Economics Statistics, Vol. 6, p. 302-312.

EUROPEAN COMMISSION (1997), The CAP and Enlargement. Agrifood Price Developments in five Association Countries. Brussels.

FAO, FAOSTAT. Rom 1996.

FROHBERG, K. und M. HARTMANN (1997), Promoting CEECs' Agricultural Exports through Association Agreements with the EU - Why it does not work, IAMO Discussion Paper No. 1, Halle/Saale.

FROHBERG, K., HARTMANN, M., WINTER, E., WEINGARTEN, P., WAHL, O. und A. FOCK (1998), Structure and Empirical Content of the Central European Agricultural Simulation Model (CEASIM), IAMO Discussion Paper, Halle/Saale.

FROHBERG, K. und W.-R. POGANIETZ (1998), The Importance of Institutions for the Transition in Central and Eastern Europe - with Emphasis on Agriculture and Food Industry, Kiel.

GORTON, M., S. DAVIDOVA und A. BUCKWELL (1997), Distortions and Inefficiencies in the CEEC Food Chain: A Comparative Analysis of Economic Transfers in Romania and Bulgaria. Beitrag präsentiert auf dem 54. EAAE Seminar „Food Processing and Distribution in Transition Economies: Problems and Perspectives", 1997, Halle/S.

OECD (1996a), Agricultural Policies, Markets and Trade in Transition Economies: Monitoring and Outlook 1996. Paris.

OECD (1994; 1995a; 1995b; 1996b; 1996c; 1996d), Review of Agricultural Policies: Hungary (1994); Poland (1995a); Czech Republic (1995b); Estonia (1996b); Latvia (1996c); Lithuania (1996d). Paris.

OECD (1997a), Agricultural Policies in OECD Countries. Monitoring and Evaluation 1997. Paris.

PETER, G. und A. WILDERMUTH, 1996, The Imact of Transformation-Induced risk on Hungarian Agriculture, in: Somai, M. (Hrsg.), Agricultural Accession of the Central and Eastern European Countries to the European Union, Institute for World Economcs of the Hngarian Academy of Sciences, Budapest, S.166-182.

POGANIETZ, W.-R., (1998), Wechselkurs und Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors - Eine komparative Analyse fünf ausgewählter Staaten Mittel- und Osteuropas. Vorliegender Band.

SCHMITZ, P.M. (1997), CAP and Food Security. In: Rose, R., C. Tanner, M.A.Bellamy (Hrsg.), Issues in Agricultural Competitiveness. Markets and Policies. IAAE Occasional Paper No. 7. Aldershot.